

## LESERPOST

ZUM MÖGLICHEN BAU EINER MÜLLVERBRENNUNGSANLAGE IN HEILIGENGRABE

# „Die Öffentlichkeitsbeteiligung darf nicht eingeschränkt und vor allem nicht als Widerstand verstanden werden“

Umweltprobleme haben weltweit ein solches Ausmaß erreicht, dass die weitere Existenz der Menschheit gefährdet ist. Diese Situation erfordert ein Umdenken aller. Wir müssen abkommen von der bisher gewohnten Praxis, die wirtschaftliche Entwicklung nur technisch-ökonomisch zu bewerten und auch die ökologischen Folgen berücksichtigen.

Ein derartiges Umdenken ist offensichtlich noch nicht bei allen Parteien angekommen und erfordert deshalb bei umweltrelevanten Vorhaben demokratische Kontrollmechanismen, eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) beziehungsweise Untersuchung (UVU) unter rechtzeitiger Einbeziehung der Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeitsbeteiligung und die UVP dürfen im Sinne einer vorsorgenden Umweltpolitik nicht eingeschränkt und vor allem nicht als Widerstand verstanden werden. Ich finde es geradezu arrogant, wenn umweltbewusstes Verhalten der Bürger und das Wahrnehmen ihrer demokratischen Rechte und Pflichten von

einer Partei mit Kopfschütteln zur Kenntnis genommen wird.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist unstrittig sehr wichtig, aber nicht für diesen Preis. Dieser wäre die Errichtung einer Müllverbrennungsanlage (MVA),

- die nicht dem best verfügbaren Stand der Technik entspricht,

- die in Grenzwertnähe ohne analytische Überwachung und unzureichende Sicherheitsmaßnahmen betrieben werden soll,

- für die die Herkunft der zum Einsatz kommenden Ersatzbrennstoffe (ESB) nicht offen gelegt wird,

- die mit einer zu niedrig ausgewiesenen Betriebstemperatur eine unvollständige Verbrennung zulässt, wobei gefährliche Verbrennungsrückstände beziehungsweise Gase entstehen können.

Die vorliegenden unvollständigen Planungsunterlagen lassen keine sicheren Prognosen zu auftretenden Emissionen und Immissionen zu, und daher sind Aussagen über das tatsächliche Gefährdungspotenzial der Anlage nur bedingt möglich.



Protestplakate in Heiligengrabe

FOTO: BIHLER

Die täglich erforderlichen 1500 Tonnen Ersatzbrennstoffe bedeuten für die Verkehrswege eine zusätzliche Belastung von etwa 460 Lkw-Bewegungen pro Tag. Die Abfallverbrennungskapazität in Deutschland ist ausreichend, Überkapazität könnte Mülltourismus zur Folge haben.

Die Risiken und Gefahren, die von einer MVA ausgehen, sind latent immer vorhanden. Abfälle sind keine homogenen Brennstoffe. Werden Risiken verkannt, vielleicht auch aus Kostengründen ignoriert, sind größere Schäden für Mensch und Umwelt

vorprogrammiert. Ist es nicht nachvollziehbar, wenn die Öffentlichkeit vor dem Hintergrund der bekannt gewordenen Müllskandale und Zwischenfälle sensibilisiert wird und handelt?

Solange mit Abfällen zu Lasten der Bürger und ihres Lebensraumes Millionen verdient werden, Behörden versagen, ausländische Abfälle – genauer: Sondermüll – illegal nach Deutschland verbracht werden, ist für die Bürger Wachsamkeit geboten und aktives Handeln aller erforderlich.

Während meiner Tätigkeit als Laborantin habe ich um-

fassende Kontrolltätigkeiten durchgeführt und bin auch mit verschiedensten Gefahrensituationen von Verpuffung, Selbstentzündung, Brände, Explosion, über einen Chemikalienunfall bis zur Katastrophe konfrontiert worden.

Die meisten Gefahrensituationen wären nämlich vermeidbar gewesen, wenn Sicherheitsmaßnahmen – auch die gesetzlich vorgeschriebenen – Priorität vor ökonomischen Entscheidungen eingeräumt worden wäre.

*Bärbel Wolf, Pritzwalk, Ortsteil Birkenfelde*